

Haushaltsrede 2012

Beigeordneter und Kämmerer Dieter Feid

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Gesamtwirtschaftliche Lage vor dem Hintergrund der europäischen Schuldenkrise

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtvorstandes,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

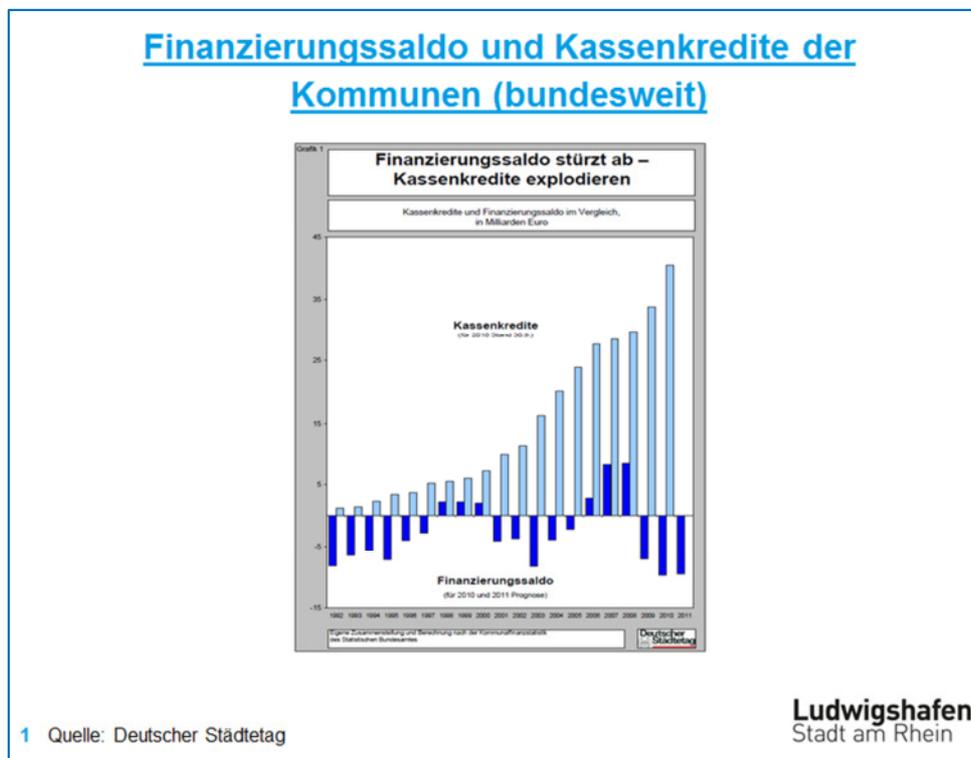
solide öffentliche Finanzen garantieren die Handlungsfähigkeit unseres Staates, versetzen ihn in die Lage, wichtige Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, und eröffnen unseren Kindern und deren Kindern eine Perspektive für ein Leben in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit. Nur ein starker, solide finanzierter Staat, getragen von einer solidarischen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft, kann die dafür erforderlichen Leistungen für seine Bürgerinnen und Bürger auf Dauer erbringen.

Die europäische Staatsschuldenkrise, die regelmäßigen Veröffentlichungen der internationalen Ratingagenturen, Rettungsschirme in immer astronomischeren Größenordnungen, Krisentreffen, Rettungspläne, erneute Krisentreffen, letzte Woche die drohende Herabstufung Deutschlands und weiterer EU-Staaten im Rahmen des sogenannten Ausblicks durch Standard & Poor's usw., all das verunsichert die Menschen. Die Angst vor gesellschaftlichem Abstieg ist längst in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen.

Obwohl die wirtschaftlichen Fundamentaldaten in Deutschland, Rheinland-Pfalz und Ludwigshafen nach wie vor gut sind, hat sich die wirtschaftliche Stimmung vor dem Hintergrund der weiterhin sehr angespannten Lage auf den Finanzmärkten seit Mitte des Jahres merklich eingetrübt. Die Verunsicherung über die weitere Entwicklung steigt. Schaut man auf die zahlreichen Frühindikatoren und die Prognosen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, des Sachverständigenrates, der Bundesregierung und unserer Landesregierung, ist es für das Jahr 2012 am wahrscheinlichsten, dass sich die konjunkturelle Dynamik in Deutschland und Rheinland-Pfalz abschwächt. Dabei dürfte unsere Wirtschaft jedoch nicht erneut in eine tiefe Rezession fallen, sondern eher eine temporäre Wachstumspause einlegen. In Rheinland-Pfalz birgt die hohe Exportorientierung unserer Wirtschaft mit Blick auf die schwer kalkulierbaren Entwicklungen in anderen europäischen Volkswirtschaften ein nicht zu unterschätzendes Risiko.

Anrede,
steigende Staatsverschuldung, nicht nur absolut, sondern auch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, kann sich keine Volkswirtschaft der Welt auf Dauer leisten. Ein ständig steigender Schuldenstand führt dazu, dass die Zinslasten von Jahr zu Jahr einen größeren Raum einnehmen und Handlungsspielräume zunehmend kleiner werden. Es ist daher unerlässlich, bei den Konsolidierungsanstrengungen nicht nachzulassen und, erlauben Sie mir diese Bemerkung, es ist unerträglich, wenn in Berlin einerseits ständig Steuersenkungsdebatten geführt werden, andererseits in ähnlich regelmäßigen Abständen Gesetze im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe verabschiedet werden, ohne dass die Kommunen, die die entsprechenden Aufgaben vor Ort ausführen müssen, eine angemessene Finanzausstattung dafür erhalten. Jüngstes Beispiel hierfür ist das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom Sommer diesen Jahres. Durch die darin neu verordnete Fallzahlbegrenzung entstehen unserem Jugendamt Personalmehraufwendungen in Höhe von über 100.000 EURO.

Anrede,
„Wäre die Kassenkreditentwicklung ... der Fiebermesser der Kommunalfinanzen, wären die Kommunen längst tot“, attestiert der Deutsche Städtetag im aktuellen Gemeindefinanzbericht 2011. Anfang des Jahres betrug der Stand der Liquiditätskredite bundesweit kaum vorstellbare und völlig inakzeptable 40,5 Mrd. EURO, Tendenz weiter steigend.



Mit Blick auf die Haushaltslage der rheinland-pfälzischen Kommunen stehen die wesentlichen Prüfungsergebnisse des Kommunalberichts 2011 des Landesrechnungshofes unter der Überschrift „Weiterhin hohe Haushaltsdefizite und ungebremster Schuldenanstieg“.

Konkret wird unter anderem aufgezeigt, dass

- die rheinland-pfälzischen Kommunen bereits im 21. Jahr in Folge Finanzierungsdefizite aufweisen,
- die Belastung mit Liquiditätskreditschulden immer drückender wird – bis Juni 2011 sind sie nach der Kassenstatistik auf landesweit rund 5,7 Mrd. EURO angestiegen,
- die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer liegt und
- die Sozial- und Jugendhilfeausgaben in den letzten fünf Jahren doppelt so stark gestiegen sind wie die Ausgaben insgesamt.

II. Aktuelle Situation der Stadt Ludwigshafen - volkswirtschaftliche Ausgangslage für den Haushalt 2012

Für die Stadt Ludwigshafen stellt sich die Ausgangslage wie folgt dar:

Der schärfste Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Ende 2008/Anfang 2009 verursachte im Haushaltsjahr 2009 mit rund 151 Mio. EURO den höchsten Jahresfehlbetrag in der Geschichte der Stadt. Unser Land und unsere Stadt haben sich von diesem Konjunkturunbruch, beginnend im Verlauf des Jahres 2009, erstaunlich gut und schnell erholt, was maßgeblich durch die entschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen, insbesondere die umfangreichen Konjunkturpakete von Bund und Land unterstützt wurde. Auch die Flexibilität unserer Unternehmen und ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war in diesem Zusammenhang von herausragender Bedeutung.

Unser Jahresergebnis 2010 schloss mit einem Fehlbetrag von 68 Mio. EURO ab. Bereinigt um die nicht zahlungswirksamen Abschreibungen und Sonderposten, blieb ein sogenannter kassenwirksamer Fehlbetrag von 25 Mio. EURO. Der Erholungsprozess hat sich in 2011 fortgesetzt. Unsere Ergebnisverbesserungen resultierten dabei hauptsächlich aus Mehrerträgen bei den Steuern, insbesondere bei der Gewerbesteuer, für die wir für 2011 gegenüber dem Ansatz im Nachtragshaushalt eine weitere nennenswerte Ergebnisverbesserung erwarten. Parallel dazu konnte die Neuverschuldung erheblich reduziert werden.

Die Jahre 2010 und 2011 laufen im Haushaltsvollzug besser als geplant. Wir haben weniger neue Schulden machen müssen als erwartet. Dennoch hat sich unser Gesamtschuldenstand erhöht - trotz erheblich verbesserter Ertragslage im Steuerbereich und trotz unseren Konsolidierungsanstrengungen. Unsere Verbindlichkeiten betragen rund 1,1 Mrd. EURO oder anders ausgedrückt rund 7.000 EURO für jede Ludwigshafenerin und jeden Ludwigshafener, egal ob Säugling, Schüler, Erwerbstätiger oder Rentner. Etwa 60 Prozent davon sind sogenannte Liquiditätskredite, die haushaltsrechtlich nur zur Überbrückung kurzfristiger finanzieller Engpässe dienen sollen.

Liquiditätskredite dienen hauptsächlich der Deckung laufender Aufwendungen – so notwendig sie auch sein mögen. Das heißt, anders als bei Investitionskrediten entstehen keine bleibenden Vermögenswerte für die Stadt, weshalb diese Schulden aus ökonomischer Sicht besonders besorgniserregend sind. Bei der Liquiditätskreditverschuldung besteht nach einhelliger Auffassung aller Fachleute auch wegen des großen Risikopotentials hinsichtlich der zukünftigen Zinsentwicklung ein besonders dringender Handlungsbedarf. Genau hier setzt der Kommunale Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz an. Er ist eine der zentralen, mittel- und langfristig angelegten Maßnahmen im Rahmen der Reformagenda der Landesregierung zur Verbesserung der kommunalen Finanzen.

III. Teilnahme der Stadt Ludwigshafen am Kommunalen Entschuldungsfonds

Ich begrüße ausdrücklich, dass der Stadtrat am 5. September 2011, auf Empfehlung des Hauptausschusses - nach eingehender Debatte bei nur zwei Gegenstimmen - die Stadtverwaltung beauftragt hat, mit dem Land in Vertragsverhandlungen zu treten um die Teilnahme der Stadt Ludwigshafen am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz – kurz KEF – zu ermöglichen.

Im Kern geht es darum, bis zum Jahr 2026 den Schuldendienst für rund zwei Drittel der am 31. Dezember 2009 bestehenden Liquiditätskredite echt zu tilgen.

Richtig ist: Der KEF alleine kann und wird unsere Finanzprobleme nicht vollständig lösen.

Richtig ist aber auch: Der Bund, der uns über Bundesleistungsgesetze maßgeblich mit in unsere finanzielle Misere gebracht hat, muss einen über das ernüchternde Ergebnis der Gemeindefinanzkommission hinausgehenden spürbaren Beitrag zu deren Überwindung leisten.

Der Kommunale Entschuldungsfonds des Landes ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er ist eine wirkungsvolle Maßnahme, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt mittelfristig zu verbessern, indem unsere Kredit-Verpflichtungen nach den neuesten Berechnungen des Landes bis 2026 um rund 372 Mio. EURO verringert werden. Bezogen auf unsere Gesamtverschuldung am Stichtag 31.12.2009 sind das beachtliche rund 35 Prozent. Auch Zinsaufwendungen in Höhe von rund 93 Mio. EURO, die bis zum Ende der Fonds-Laufzeit auf unser Entschuldungsvolumen entfallen, werden im Rahmen des Fonds getragen, so dass sich der Anteil der Stadt Ludwigshafen am landesweiten KEF-Volumen auf 465,5 Mio. EURO beläuft.

Finanzielle Auswirkungen der Teilnahme der Stadt Ludwigshafen am KEF-RP

Berechnung Stand: 12.12.2011

Stand der bereinigten Kredite zur Liquiditätssicherung zum 31.12.2009	594,8 Mio. €
Anteil am Fonds über 15 Jahre	465,5 Mio. €
davon:	
Zins	93,1 Mio. €
Tilgung	372,4 Mio. €
Zielgröße zum 31.12.2026	242,7 Mio. €
(Restbestand des Liquiditätsvolumens aus 2009 in Höhe von 615,1 Mio. €)	
Jahresanteil am Fonds	31,0 Mio. €
1/3 Jahresanteil der Stadt Ludwigshafen am Fonds	10,3 Mio. €

2 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Die Zahlen haben sich gegenüber September 2011 geändert. Warum?

Zum einen wurden insbesondere im Bereich der Verbandsgemeinden erhebliche Beträge nachgemeldet. Das Fondsvolumen landesweit beträgt nach wie vor rund 3,8 Mrd. EURO, d.h. bei gleich großem Kuchen ist unser Stück nun etwas kleiner. Zum anderen erfolgte eine Bereinigung um Vorfinanzierungen von Investitionsauszahlungen bereits am Stichtag bewilligter Investitionszuwendungen, da im Rahmen des KEF nur Kredite zur Liquiditätssicherung berücksichtigt werden, die durch Fehlbeträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit verursacht worden sind. Der Jahresanteil der Stadt Ludwigshafen am KEF beläuft sich daher nun auf insgesamt 31 Mio. EURO. Der von uns im Rahmen eines Konsolidierungsvertrages mit dem Land aufzubringende Eigenanteil beträgt folglich 10,3 Mio. EURO.

Der Stadtvorstand hat in Person des Kämmers in den letzten drei Monaten zahlreiche gleichermaßen intensive wie konstruktive Gespräche mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ADD, dem Innen- und dem Finanzministerium geführt.

Denn – darauf habe ich immer wieder hingewiesen – die Teilnahme am KEF bedeutet für uns nicht nur die Konsolidierungsmaßnahmen, die im Rahmen des Konsolidierungsvertrages vorgesehen sind. Aus Sicht unseres Vertragspartners Land sollten idealerweise möglichst wenige, leicht beziffer- und nachvollziehbare Einzelmaßnahmen vertraglich fixiert werden. Darüber hinaus wird von uns erwartet, dass wir in unseren sonstigen Konsolidierungsbemühungen nicht nachlassen, wobei die Tatsache, dass wir schon seit 1992 zahlreiche Sparrunden mit gewaltigem nachhaltigen Konsolidierungsvolumen durchlaufen, von der ADD wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde und wird.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Stadtvorstand in Abstimmung mit der ADD dafür entschieden, zukünftig eine Gesamtkonsolidierungsliste mit mehreren Abschnitten vorzuhalten. Im ersten Abschnitt werden die Vertragsmaßnahmen im Rahmen des KEF aufgeführt. Im zweiten Abschnitt folgen darüber hinausgehende Konsolidierungsmaßnahmen, soweit sie quantifizierbar sind, d.h. mit konkreten Rechnungsergebnissen bzw. Erwartungswerten unterlegt werden können. Der dritte Abschnitt enthält Maßnahmen, die angegangen wurden oder werden und noch nicht quantifizierbar sind, weil z.B. eine eingeleitete Organisationsuntersuchung noch nicht abgeschlossen oder eine angestoßene Neukonzeption noch nicht ausgearbeitet und verabschiedet ist.

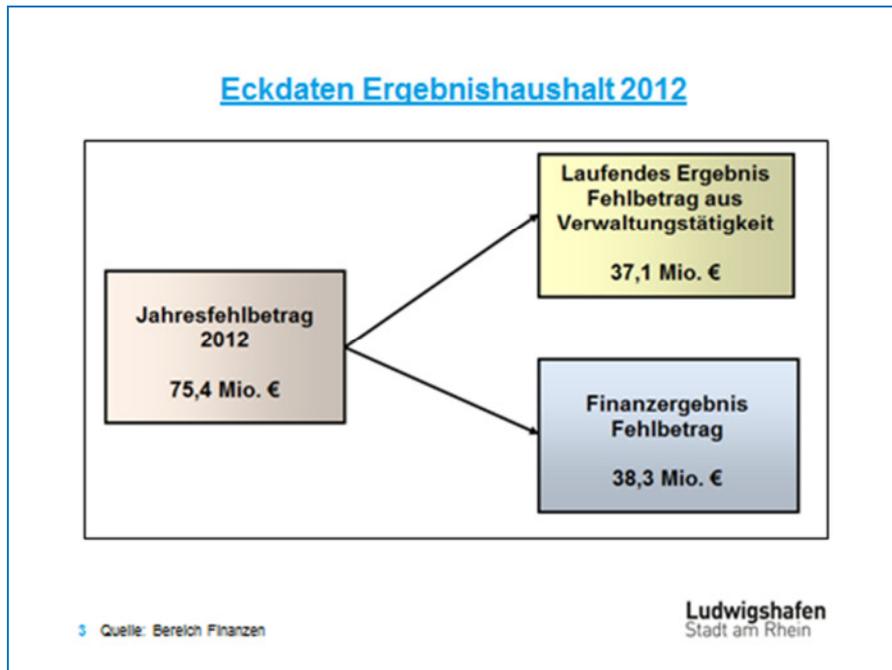
Der Haushaltsplanentwurf 2012 beinhaltet den mit dem Land vorabgestimmten Vorschlag des Stadtvorstands, welche Maßnahmen Gegenstand des Konsolidierungsvertrages werden sollten. Neben der vorgeschlagenen Gewerbesteuerhebesatzerhöhung, mit der wir den Löwenanteil unseres Eigenanteils am KEF in Höhe von 10,3 Mio. EURO erbringen wollen, werden uns die Konsolidierungsbeiträge aus der Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 420 Prozent-Punkte, die Auswirkungen der im Mai 2011 beschlossenen Änderung der Vergnügungssteuersatzung, die Erhöhung der Parkgebühren zum 1. Januar 2011, zukünftige Grundstücksveräußerungserlöse und die Auswirkungen der Auflösung der GeBeGe zum Jahresende 2011 angerechnet. Mit diesen sechs Maßnahmen werden wir die von mir dargelegten Anforderungen und Wünsche unseres Vertragspartners Land hinsichtlich Art, Umfang und Nachweisbarkeit mit vertretbarem Aufwand aus heutiger Sicht nachhaltig erfüllen können.

Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Ausgangslage, den Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung und dem Haushaltsrundsreiben 2012 des Innenministeriums, legen wir Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf für 2012 vor.

IV. Eckpunkte des Haushalts 2012

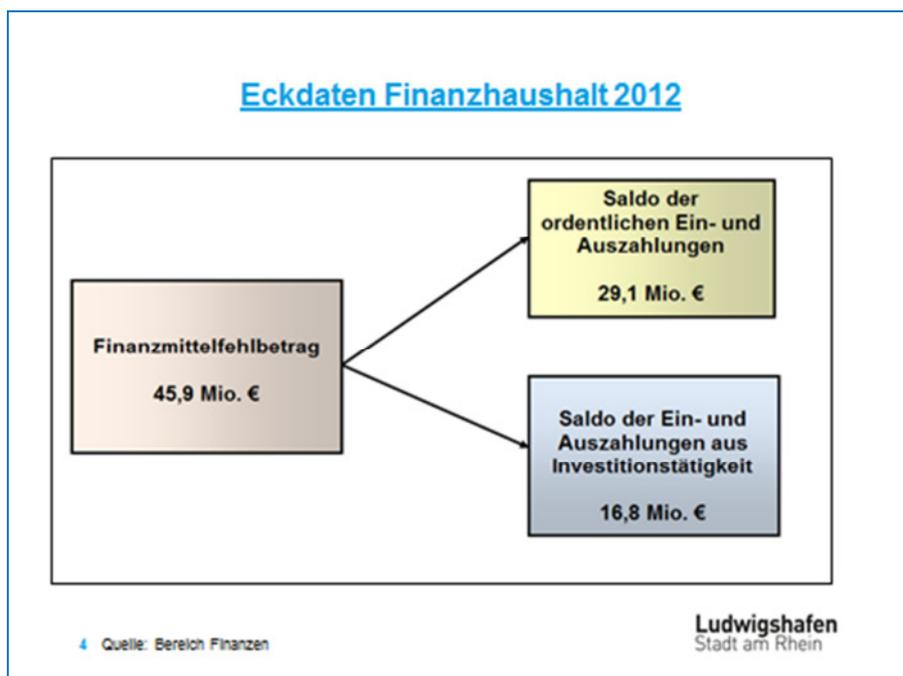
Anrede,
der Ergebnishaushalt 2012 weist Erträge in Höhe von insgesamt 477,6 Mio. EURO und Aufwendungen in Höhe von insgesamt 553,0 Mio. EURO aus. Der geplante Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 75,4 Mio. EURO. Gegenüber dem Nachtrags-haushalt 2011 ist dies – positiv – eine deutliche Fehlbetragsverringering um 17 Mio. EURO, aber natürlich nach wie vor nicht gut!

Der Jahresfehlbetrag setzt sich zusammen aus dem Fehlbetrag des laufenden Ergebnisses aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 37,1 Mio. EURO und dem Saldo aus Zins- und sonstigen Finanzerträgen, dem sogenannten Finanzergebnis, in Höhe von 38,3 Mio. EURO.



Im Jahresfehlbetrag genauer im laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit sind nicht kassenwirksame Abschreibungen in Höhe von 46,7 Mio. EURO enthalten. Das heißt, wir rechnen für 2012 mit einem „zahlungswirksamen“ Fehlbetrag in Höhe von rund 29 Mio. EURO.

Im Finanzhaushalt übersteigen die Auszahlungen aus Finanztätigkeit die entsprechenden Einzahlungen insgesamt um 45,9 Mio. EURO, d.h. gegenüber dem Nachtragshaushalt 2011 konnte auch die geplante Neuverschuldung deutlich um rund 32 Mio. EURO reduziert werden. Das ist ein beachtlicher Betrag. Aber auch 2012 werden wir trotz aller Bemühungen in beachtlichem Umfang neue Kredite aufnehmen müssen, und zwar überwiegend Kredite zur Sicherung der Liquidität.



Auch zukünftig erwarten wir einen weiterhin negativen Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen, d.h. nach wie vor müssen wir davon ausgehen, dass ein Haushaltsausgleich im Sinne der Gemeindehaushaltsverordnung auch in den kommenden Haushaltsjahren nicht erreicht werden wird.

Unser bilanzielles Eigenkapital wird weiter sinken. Betrug es in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2009 noch knapp 1,1 Mrd. EURO, hat es sich – in erster Linie verursacht durch das historisch schlechte Jahresergebnis 2009 – bis Ende 2010 auf 882,8 Mio. EURO reduziert. Die sogenannte Eigenkapitalquote, d.h. der Anteil am Gesamtkapital beträgt 36,4 Prozent.

Entwicklung der Jahresfehlbeträge und des Eigenkapitals 2009 – 2015

Jahr	Jahresergebnis/ Jahresfehlbetrag in Mio.€	Sonstige Buchungen, die die EK- Entwicklung beeinflussen	Eigenkapital laut Bilanz in Mio.€
01.01.2009		Eröffnungsbilanz	1.082,8
31.12.2009	-150,9	+ 38,9	970,8
31.12.2010	-67,9	-20,1	882,8
31.12.2011	-92,4		
31.12.2012	-75,4		
31.12.2013	-82,1		
31.12.2014	-81,1		
31.12.2015	- 87,9		

Prognostiziertes
Eigenkapital
rd. 400 Mio. €

Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Im gesamten Planungszeitraum bis 2015 erwarten wir aufgrund weiter steigender Belastungen im Sozial- und Jugendhilfebereich sowie bei den Zinsaufwendungen dauerhaft Jahresfehlbeträge, die unser Eigenkapital weiter vermindern werden. Unsere Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds mildert im Ergebnis den Eigenkapitalverzehr zwar deutlich ab, oder - anders ausgedrückt - verlängert unsere Eigenkapitalreichweite auf der Zeitachse nach hinten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren,
ohne eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen hin zu einer aufgabengerechten Finanzausstattung – hier ist in erster Linie der Bund, aber auch das Land gefordert – stellt sich nicht die Frage, ob sondern nur wie lange es dauert, bis unser Eigenkapital aufgebraucht und wir bilanziell überschuldet sind.

Unsere eigenen Konsolidierungsanstrengungen sind wertvoll, richtig und notwendig, aber alleine kann es die Stadt kaum schaffen!

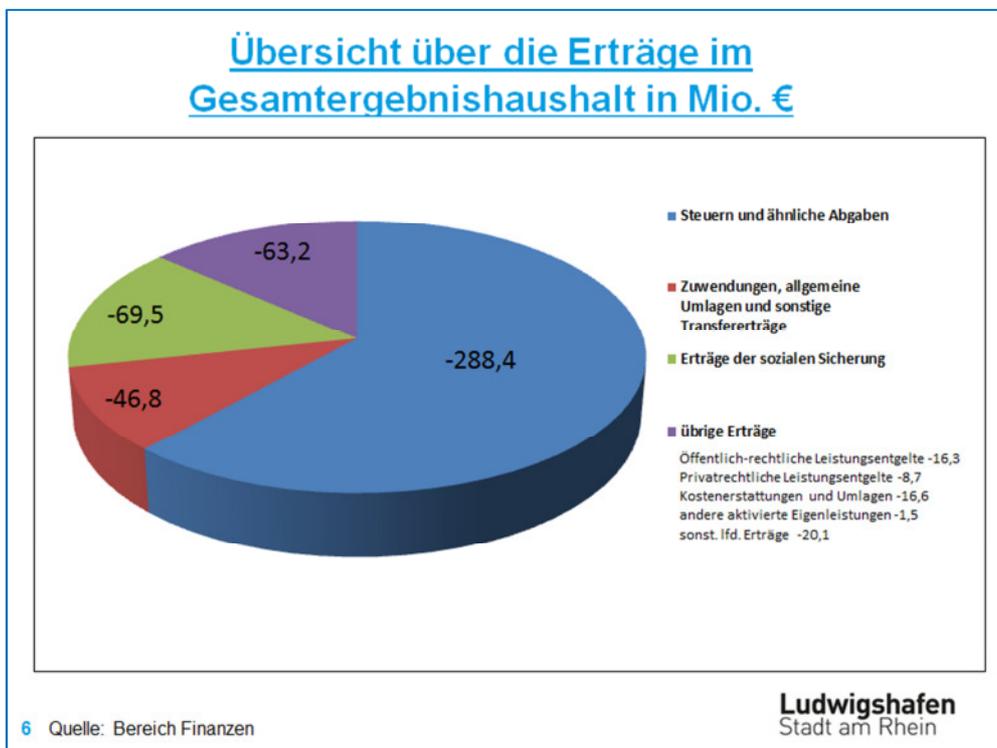
Das Land hat in Anbetracht der dauerhaft hohen Haushaltsdefizite und der rasant ansteigenden Verschuldung der rheinland-pfälzischen Kommunen und insbesondere der kreisfreien Städte Mitte September 2011 eine Enquete-Kommission „Kommunale

Finanzen“ eingesetzt. Sie soll die Ursachen und Auswirkungen der Verschuldung auf die Kommunen im Land analysieren und nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Dieser Kommission gehört als Sachverständiger mein Vorgänger im Amt Wilhelm Zeiser an, eine aus meiner und ich glaube sagen zu dürfen unserer Sicht sehr gute Wahl des Landtags.

V. Entwicklung der Erträge

Gesamtentwicklung

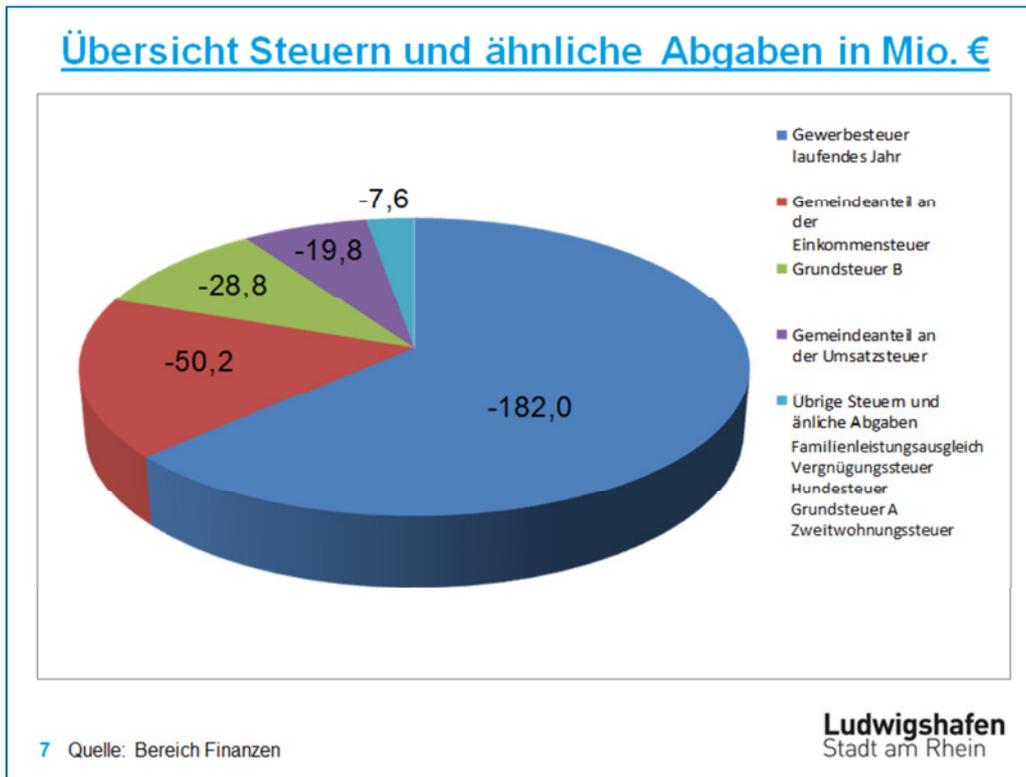
Anrede,
die für 2012 erwarteten Erträge belaufen sich insgesamt auf 477,6 Mio. EURO. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Nachtragshaushalt 2011 um 32,3 Mio. EURO.



288,4 Mio. EURO davon entfallen auf Steuern und ähnliche Abgaben. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Nachtragshaushalt 2011 um rund 13 Mio. EURO. Weitere große Posten sind die Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträge mit 46,8 Mio. EURO und die gegenüber dem Ansatz 2011 nahezu unveränderten Erträge der sozialen Sicherung mit 69,5 Mio. EURO.

Steuern und ähnliche Abgaben

Die Entwicklung der Steuern und ähnlichen Abgaben wird in Ludwigshafen viel stärker als anderswo von der Entwicklung der Gewerbesteuer geprägt.



Ludwigshafen war und ist das „Kraftzentrum“ des Landes Rheinland-Pfalz. Knapp 90.000 Erwerbstätige erwirtschaften rund 10 Prozent des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsproduktes, was nahezu 10 Mrd. EURO entspricht. Unsere Betriebe und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeichnen sich durch hohe Produktivität aus. Das Lohn- und Gehaltsniveau in Ludwigshafen ist bundesweit eines der höchsten.

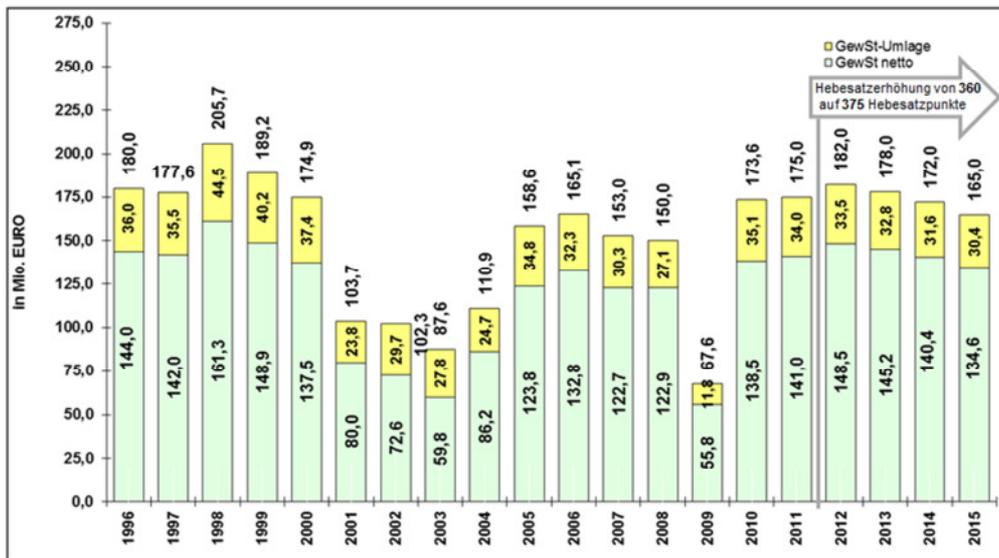
Die Ludwigshafener Wirtschaft, und das hat uns das Jahr 2009 sehr schmerzlich vor Augen geführt, reagiert aber auch aufgrund ihrer Struktur viel früher und stärker als andernorts auf konjunkturelle, gesamtwirtschaftliche, europäische und internationale Entwicklungen. Daher unterstütze ich auch aus finanzpolitischer Sicht die Zielrichtung unserer städtischen Wirtschaftspolitik, d.h. die Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis für moderne, zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Gewerbesteuer

Anrede,

Wir schlagen Ihnen wie angekündigt mit diesem Haushalt vor, den Gewerbesteuerhebesatz ab 1. Januar 2012 maßvoll von 360 Prozent um 15 Punkte auf 375 Prozent zu erhöhen und erwarten uns davon dauerhafte Mehreinnahmen im nennenswerten einstelligen Millionenbereich. Wegen der bekannten Schwankungen der Gewerbesteuer lassen sich die exakten Auswirkungen erst in zukünftigen Rechnungsergebnissen ausweisen.

Entwicklung der Gewerbesteuer und Gewerbesteuerumlage



8 Quelle: Bereich Finanzen

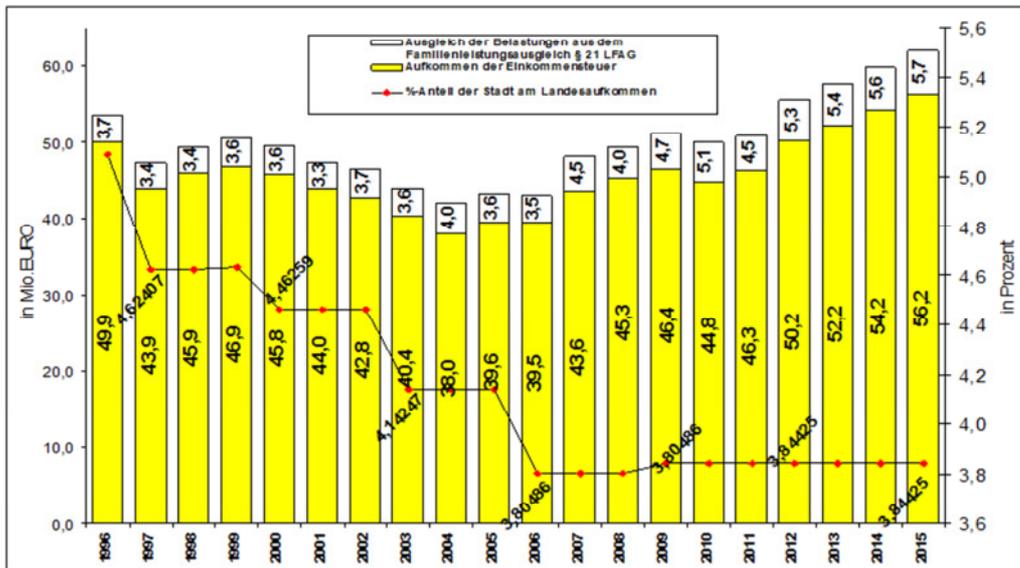
Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Der Ansatz 2012 beträgt 182 Mio. EURO, 7 Mio. EURO mehr als der Ansatz 2011. In diesem Zusammenhang möchte ich, auch wenn das die Aufwandsseite betrifft, daran erinnern, dass wir ertragsseitig die Gewerbesteuer brutto veranschlagen. Hiervon geht noch die an Bund, Land und den Fonds der Deutschen Einheit abzuführende Gewerbesteuerumlage in Höhe von 18,4 Prozent ab, so dass der Stadt netto 148,5 Mio. EURO verbleiben. Dies ist eine Nettosteigerung 2012 gegenüber dem Ansatz 2011 von 7,5 Mio. EURO, wobei die Nettoveränderung aufgrund der Absenkung des sogenannten Gewerbesteuervervielfältigers höher ausfällt, als die Bruttoveränderung. Übrigens gab es Ende 2010 insgesamt 11.228 Gewerbebetriebe in Ludwigshafen, von denen 2.120 gewerbesteuerpflichtig waren.

Einkommensteuer

Unter Berücksichtigung der aktualisierten regionalisierten Steuerschätzung und der Neufestsetzung der Schlüsselzahlen für die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer erwarten wir für 2012 Einkommensteuereinnahmen in Höhe von 50,2 Mio. EURO. Dies sind 3,9 Mio. EURO mehr als im Ansatz 2011.

Entwicklung der Einkommensteuer



9 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Gegenüber dem heute vorliegenden Entwurf rechnen wir nach Auswertung der regionalisierten Steuerschätzung noch einmal mit einer Verbesserung in Höhe von 1 Mio. EURO, die wir in die Änderungsliste für die Hauptausschusssitzungen aufnehmen werden.

Anrede,

bei der Einkommensteuer könnten wir erheblich besser dastehen, wenn sich nicht wegen mehrerer Steuerreformen und nachteiliger Veränderungen unserer Einwohnerstrukturen der Anteil Ludwigshafens am Landesaufkommen in den vergangenen 40 Jahren mehr als halbiert hätte. Ludwigshafen gehört bundesweit zu den Städten mit dem höchsten Pendlerüberschuss, d.h. 60.000 Einpendlerinnen und Einpendlern stehen lediglich 25.000 Auspendler gegenüber. Dies hat entsprechende steuerliche Folgen. Hinzu kommt, dass der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer der rheinland-pfälzischen Städte insgesamt in den letzten beiden Jahrzehnten in der Tendenz gesunken ist.

Unterstellt man die Verhältnisse von vor 40 Jahren, lägen unsere Einkommensteuereinnahmen 2012 schätzungsweise 60 Mio. EURO höher. Hier wird eine Facette der Folgen der sogenannten Stadt-Umland-Problematik deutlich. Stadtspitze und Stadtverwaltung arbeiten seit Jahren gemeinsam mit ihren Partnern daran, dass Ludwigshafen zunehmend wieder eine attraktive Wohnadresse für alle Bevölkerungsgruppen wird. Das ist der richtige Weg, erste Erfolge sind sichtbar!

Sonstige Steuereinnahmen

Zu den sonstigen Steuereinnahmen ist festzuhalten: An Grundsteuer B erwarten wir für 2012 28,8 Mio. EURO. Die Grundsteuer A hat mit einem erwarteten Aufkommen von 104.000 EURO in Ludwigshafen nur eine untergeordnete Bedeutung. Den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer – 2,2 Prozent des Gesamtaufkommens – haben wir mit 19,8 Mio. EURO auf Grundlage des bislang bekannten Verteilungsschlüssels veranschlagt, der 2012 neu berechnet wird. Nach dem Gemeindefinanzreformgesetz werden sich in den kommenden Jahren die Berechnungsgrundlagen schrittweise ändern; inwieweit dies Auswirkungen auf unser Steueraufkommen haben wird, bleibt abzuwarten.

Die Hunde- und Jagdsteuer sind stabile Größen mit einem erwarteten Aufkommen 2012 von rund 0,7 Mio. EURO. Die Vergnügungssteuer entwickelt sich besser als erwartet, veranschlagt sind hier in 2012 rund 1,4 Mio. EURO. Die Einführung der Prostitutionssteuer als Teil der Vergnügungssteuer und insbesondere die neue Besteuerung der Geldspielgeräte nach dem Einspielergebnis tragen maßgeblich zur Aufkommenssteigerung bei. Betreffs der Zweitwohnungssteuer ab 1. Januar 2012 lassen sich noch keine belastbaren Aussagen machen. Bis Jahresende wird die Steuerverwaltung den in Frage kommenden Personenkreis – nach aktuellem Stand insgesamt 10.800 gemeldete Zweitwohnungsbesitzer – vollständig angeschrieben haben. Wir bereinigen derzeit viele sogenannte „Karteileichen“. Viele potenzielle Steuerzahler haben bislang auf unsere Schreiben noch nicht reagiert. Hier bleibt das Frühjahr 2012 abzuwarten, bis wir mehr wissen.

Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge

Die Ansätze für Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge steigen in 2012 gegenüber dem Ansatz 2011 um rund 9,1 Mio. EURO auf 46,8 Mio. EURO. In dieser Position sind einerseits die Erträge aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds in Höhe von derzeit 21,3 Mio. EURO veranschlagt, andererseits fallen gegenüber 2011 aufgrund unserer im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs maßgeblichen verbesserten Finanzkraft die Schlüsselzuweisung B 2 und die Investitionsschlüsselzuweisung in einem Gesamtvolumen von rund 9,3 Mio. EURO ergebnisverschlechternd weg. Aufgrund der erläuterten Bereinigung unseres anrechenbaren Liquiditätskreditvolumens im Rahmen des KEF werden wir in der Änderungsliste die veranschlagten Erträge aus dem KEF um rund 660.000 EURO reduzieren.

Berücksichtigt man neben dem Wegfall der genannten Schlüsselzuweisungen ferner, dass aufwandsseitig auch die Finanzausgleichsumlage und die Bezirksverbandsumlage gegenüber den Ansätzen 2011 ergebnisverschlechternd um 11,8 Mio. EURO bzw. 1 Mio. Euro steigen, wird der ergebnisverbessernde Effekt der zusätzlichen Erträge aus dem KEF durch Wenigererträge bzw. Mehraufwendungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs vollständig aufgeessen. Dieser Effekt sollte bei der Einordnung des Jahresfehlbetrages 2012 nicht außer Acht gelassen werden.

Die Stadt Ludwigshafen zählt aufgrund der reinen Finanzkraft 2012 wieder zu den sogenannten „abundanten“ Gemeinden. Das heißt in der Finanzausgleichslogik, dass unser Finanzbedarf niedriger ist als unsere Finanzkraft, so dass ein Ausgleich

nicht erforderlich ist. Dabei bleibt unserer Auffassung nach weitestgehend unberücksichtigt, dass gerade bei kreisfreien Städten ein weit überdurchschnittlicher Bedarf im Jugend- und Sozialbereich und bei den Infrastrukturkosten dem gegenüber steht.

VI. Soziale Sicherung

Anrede,
der rheinland-pfälzische Landesrechnungshof hat in seinem Jahresbericht 2011 festgestellt, dass die Kommunen 2010 im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe insgesamt 41 Prozent mehr als 2006 ausgegeben haben. Weiter seien in diesem Zeitraum die Gesamtausgaben aber nur halb so stark gestiegen, nämlich um 21 Prozent. Diese Feststellung belegt eindrucksvoll die nach wie vor hohe Dynamik des Wachstums bei den Sozial- und Jugendhilfeleistungen – trotz ständiger interner konzeptioneller Überprüfungen hinsichtlich einer noch effizienteren und kostengünstigeren Aufgabenerledigung.

Der Deutsche Städtetag stellt in seinem Jahresbericht 2011 ebenfalls erneut fest, dass sich gerade bei diesen im Zeitablauf stark und gleichmäßig ansteigenden Ausgabekategorien der langfristig deutliche Aufwuchs in seiner Tendenz ungebrochen fortsetzt. Denn eine gute Konjunktur löst keineswegs das Problem steigender Sozialausgaben. Insbesondere viele Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit profitieren kaum von einer besseren Wirtschaftsentwicklung.

Und, meine Damen und Herren,
jährlich wiederkehrende Steigerungsraten von 4 Prozent oder mehr können nicht durch steigende Einnahmen im Haushalt aufgefangen werden.



Der Bund hat zwar im Frühjahr 2011 seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft für Empfänger von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhöht, allerdings werden damit faktisch in erster Linie die kommunalen Aufwendungen im Rahmen des sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets, z.B. für Mittagsessenkosten und Lernfördermaßnahmen, ausgeglichen.

Echte Entlastung für unseren Haushalt? Fehlanzeige!

Diese erwarten wir erst, durch die stufenweise Anhebung des Bundesanteils für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, sofern die für die Jahre 2013 und 2014 angekündigten Entlastungsstufen auf 100 Prozent im Jahr 2014 auch tatsächlich Gesetz werden. Für 2012 erwarten wir gegenüber 2011 eine Entlastung in Höhe von rund 2,2 Mio. EURO. In der Endstufe beläuft sich die erwartete Entlastung für die Stadt im Jahr 2014 bezogen auf den Ansatz 2011 auf rund 8 Mio. EURO. Allerdings wird durch die Abrechnungsmethode auf der Grundlage der Nettoausgaben des jeweiligen Vorjahres ab 2014 eine Deckungslücke von jährlich rund 1 Mio. EURO bei der Stadt verbleiben! Außerdem führt die erwartete Fallzahlentwicklung zu einem erhöhten Personalbedarf!

Es ist wie so oft, meine Damen und Herren, trotz anderslautender öffentlicher Erklärungen werden am Ende doch nicht alle Aufwendungen vom Bund übernommen. Dies geht faktisch zu Lasten der Stadt.

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung erfährt seit Jahren ebenfalls steigende Fallzahlen. Trotz hoher Ausgaben ist die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung eine notwendige und wertvolle Aufgabe, da sie Integration und gesellschaftliche Teilhabe bedarfsgerecht fördert. Mit unserem Projekt „Vision“ erfolgte hier in den letzten Jahren eine Neuausrichtung hin zu einer Gesamtsteuerungsverantwortung, Stichwort: Fallmanagement.

Erste Kostendämpfungserfolge stellen sich ein, ohne dass der so wichtige personenzentrierte Hilfsansatz aus dem Blick gerät.

Insgesamt erwarten wir für 2012 Gesamtaufwendungen der sozialen Sicherung in Höhe von 151,6 Mio. EURO. Davon entfallen rund 70 Prozent bzw. 107,1 Mio. EURO auf die Bereiche Grundsicherung, Sozialhilfe und sonstige Leistungen. Rund 30 Prozent bzw. 44,5 Mio. EURO entfallen auf die Kinder- und Jugendhilfe.

Aufwendungen und Erträge zur sozialen Sicherung

Jahr	Grundsicherung, Sozialhilfe und sonstige Leistungen in Mio.€	Kinder- und Jugendhilfe in Mio. €	Gesamtaufwand in Mio.€
2009	97,9	43,6	141,5
2010	106,6	41,8	148,4
2011	107,6	42,6	150,2
2012	107,1	44,5	151,6
2013	107,0	44,8	151,8
2014	106,3	45,0	151,3
2015	106,8	45,3	152,1

Dem Gesamtaufwand stehen auch Erträge der sozialen Sicherung (Erstattungen, Kostenbeteiligung Dritter usw. gegenüber):			
2009	64,2 Mio. €	(Nettolast Stadt 77,3 Mio. €)	
2010	67,4 Mio. €	(Nettolast Stadt 81,0 Mio. €)	
2011	69,2 Mio. €	(Nettolast Stadt 81,0 Mio. €)	
2012	69,5 Mio. €	(Nettolast Stadt 82,1 Mio. €)	
2013	68,6 Mio. €	(Nettolast Stadt 83,2 Mio. €)	
2014	67,9 Mio. €	(Nettolast Stadt 83,4 Mio. €)	
2015	67,9 Mio. €	(Nettolast Stadt 84,2 Mio. €)	

11 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Diesem Gesamtaufwand stehen Erträge z.B. in Form von Erstattungen und Kostenbeteiligungen Dritter in Höhe von insgesamt 69,5 Mio. EURO gegenüber. Die laufenden nichtinvestiven Lasten, die insgesamt netto bei der Stadt Ludwigshafen 2012 für den Bereich soziale Sicherung verbleiben werden, betragen rund 80 Mio. EURO zzgl. der an anderer Stelle veranschlagten Personalaufwendungen.

Mit berücksichtigt sind dabei die aus abrechnungstechnischen Gründen im EH 02 veranschlagten Erträge im Rahmen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Die größten Einzelaufwendungspositionen im Bereich des Sozial- und Jugendbereichs entnehmen Sie bitte den beiden nachfolgenden Schaubildern:

Größte Positionen der Aufwendungen im Sozialbereich

	2011	2012	Mehraufwand 2011 - 2012
Kosten der Unterkunft (KdU)	41,1 Mio.	40,9 Mio.	-0,2 Mio.
Grundsicherung im Alter	9,0 Mio.	9,5 Mio.	0,5 Mio.
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	34,4 Mio.	33,6 Mio.	-0,8 Mio.
Leistungen nach dem SGB II/XII in Einrichtungen	40,2 Mio.	39,5 Mio.	-0,7 Mio.
Leistungen nach dem SGB II/XII außerhalb von Einrichtungen	67,4 Mio.	67,6 Mio.	1,6 Mio.
Bruttoaufwand gesamt	107,6 Mio.	107,1 Mio.	0,9 Mio.

12 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Größte Positionen der Aufwendungen im Jugendbereich

	2011	2012	Mehraufwand 2011 - 2012
Kindertagesstätten	18,0 Mio.	19,7 Mio.	1,7 Mio.
Hilfen zur Erziehung	21,4 Mio.	21,4 Mio.	
Jugendhilfe in Einrichtungen	13,8 Mio.	12,9 Mio.	- 0,9 Mio.
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen (Budget 3-14 bis 3-17)	28,8 Mio.	31,6 Mio.	2,8 Mio.
Bruttoaufwand gesamt	42,6 Mio.	44,5 Mio.	1,9 Mio.

13 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

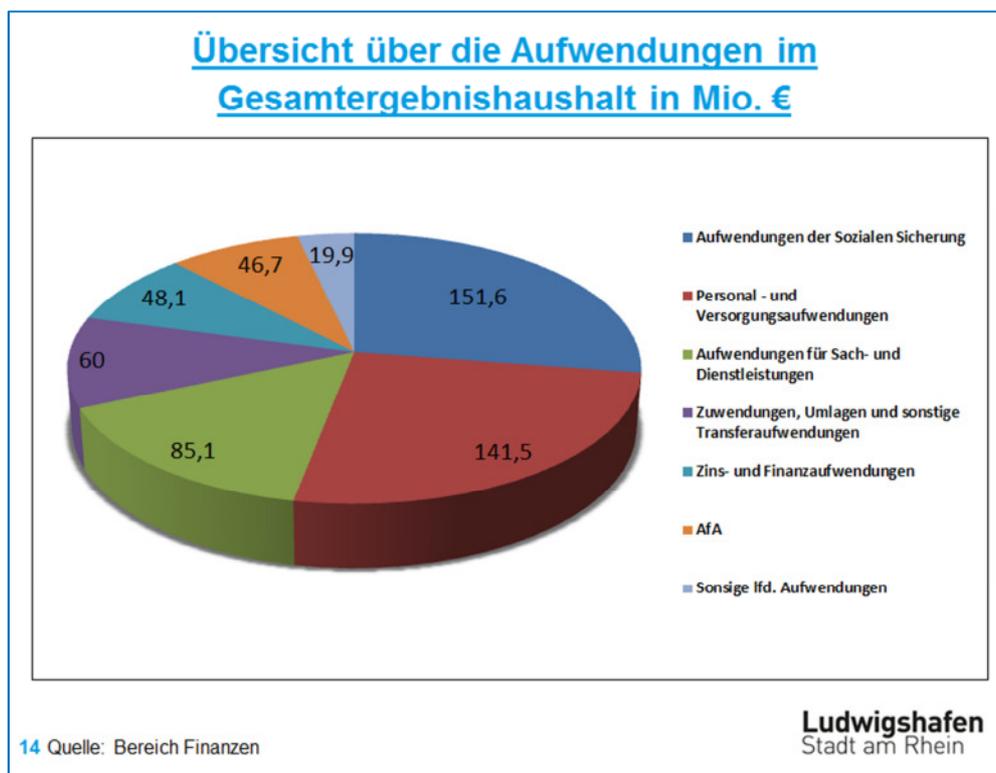
Anrede,
an dieser Stelle wird deutlich, dass weitere Schritte insbesondere des Bundes, aber auch des Landes zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage im Bereich der Sozialausgaben dringend erforderlich sind.

Klar ist: Dieses strukturelle Defizit von rund 80 Mio. EURO ist im Wesentlichen verursacht einerseits durch die permanent steigenden Lasten im Bereich der sozialen Sicherung ohne angemessene Kompensation und andererseits durch eine Steuergesetzgebung hin zu einem mittlerweile unzureichendem Steueraufkommen.

Diese beiden für Ludwigshafen sehr negativen Entwicklungen sind überwiegend von den Bundesregierungen der letzten zwanzig Jahre verursacht.

VII. Entwicklung der Aufwendungen

Für 2012 sind Aufwendungen in Höhe von insgesamt 553,0 Mio. EURO veranschlagt. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Nachtragshaushalt 2011 um 15,3 Mio. EURO oder + 2,8 Prozent.

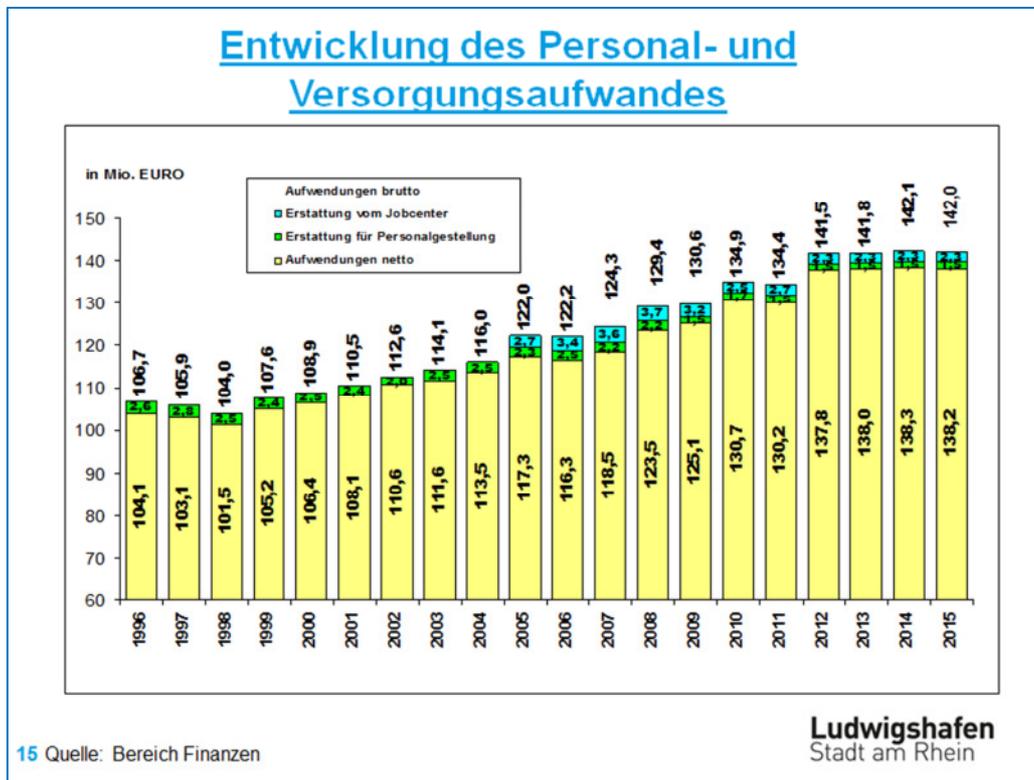


Die wesentlichen Aufwandsbereiche sind die Personal- und Versorgungsaufwendungen mit insgesamt 141,5 Mio. EURO, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und die sonstigen laufenden Aufwendungen mit insgesamt 105,0 Mio. EURO, Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen in Höhe von 60,0 Mio. EURO, die Abschreibungen mit 46,7 Mio. EURO, die Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 48,1 Mio. EURO und die bereits dargestellten Aufwendungen der sozialen Sicherung in Höhe von 151,6 Mio. EURO.

Die Aufwendungen der sozialen Sicherung, die Abschreibungen, die Zinsaufwendungen, die Umlagen und die Versorgungsaufwendungen können wir kaum, die Personalaufwendungen nur sehr eingeschränkt beeinflussen.

Personal- und Versorgungsaufwendungen

Der Personal- und Versorgungsaufwand steigt 2012 gegenüber dem Ansatz 2011 um 7,1 Mio. EURO auf 141,5 Mio. EURO. Besonders personalintensiv sind die Bereiche Kindertagesstätten, Feuerwehr und Gebäudemanagement.



Veranschlagt sind neben den erwarteten Tarifsteigerungen rund 50 zusätzliche Stellen, insbesondere in den Bereichen Kindertagesstätten und Feuerwehr.

Der gegenüber dem Ansatz 2011 deutliche Aufwuchs im Versorgungsbereich in Höhe von 6,7 Mio. EURO beruht im Wesentlichen auf der im Jahr 2011 erfolgten Neuberechnung der Versorgungsrückstellungen und den damit verbundenen Anpassungen im Haushalt 2012. Der Ansatz 2011 ist insoweit unterzeichnet.

Sachaufwendungen und sonstige laufende Aufwendungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und die Sonstigen laufenden Aufwendungen gehen insgesamt gegenüber dem Nachtragshaushalt 2011 um 3,6 Mio. EURO auf 105,0 Mio. EURO zurück und liegen damit auf dem Niveau des Rechnungsergebnisses 2010.

In Anbetracht einer erwarteten Inflationsrate 2012 von 1,8 Prozent, weiter steigenden Energiekosten und zahlreicher geplanter größerer Erhaltungsaufwandsmaßnahmen wie z.B. den beginnenden Fenstersanierungen im Wilhelm-von-Humboldt-Gymnasium und der IGS Ernst-Bloch oder der Fenster- und Fassadensanierung in der KTS Langgewann ein beachtlicher Wert.

Anrede,

zwar hat die ADD in der Haushaltsverfügung von Juni 2011 einerseits unsere „konsequenten Haushaltssicherungsmaßnahmen“ ausdrücklich befürwortet, d.h. gelobt und festgestellt, dass „Konsolidierungsbemühungen in anderen defizitären Haushalten nicht so tatkräftig in Angriff genommen werden“ wie bei uns. Andererseits hat sie aber auch ihr Augenmerk noch stärker als in der Vergangenheit auf die sogenannten freiwilligen Aufgaben gerichtet und gefordert, alle freiwilligen Leistungen in Grund und Höhe auf ihre Erforderlichkeit hin zu überprüfen, insbesondere im Kultur- und Sportbereich.

Ausdrücklich möchte ich an dieser Stelle betonen: Freiwillige Ausgaben sind keine Aufgabenbereiche minderen Ranges! Schon gar nicht ist „freiwillig“ ein anderes Wort für entbehrlich. Im Gegenteil: Viele der in Rede stehenden Maßnahmen und Zuwendungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger! Sie unterstützen großartiges ehrenamtliches Engagement, stiften Identität und tragen entscheidend zum inneren Zusammenhalt unseres Gemeinwesens bei.

Die sogenannten freiwilligen Leistungen sind der Kernbestand kommunaler Selbstverwaltung. Es kann nicht sein und darf es nach Artikel 28 des Grundgesetzes und Artikel 49 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung auch nicht, dass wir alle, die wir vor Ort politische Verantwortung tragen, nur noch den Vollzug gesetzlich vorgegebener Aufgaben in unserer Stadt begleiten. Im Interesse der Menschen, die heute und zukünftig in Ludwigshafen leben, ist und muss es unsere gemeinsame Aufgabe sein, unsere Selbstverwaltung und die damit verbundenen Handlungsspielräume zu sichern.

Gleichwohl ist es unsere Daueraufgabe, alle Maßnahmen – auch die investiven – immer wieder auf Einsparmöglichkeiten zu überprüfen und dort, wo dies vertretbar ist, diese auch zu realisieren. Mit der Vorlage des Haushaltsplanentwurfes 2012 sind wir überzeugt, diesem Anspruch verantwortungsvoll gerecht zu werden.

In zahlreichen Bereichen wurden bereits Maßnahmen ergriffen, um Kostendeckungsgrade zu erhöhen, so z.B. im Bereich der städtischen Bäder, beim Theater oder dem Wilhelm-Hack-Museum.

Die Zuschüsse für ehrenamtliche Bereiche, für Vereine, Verbände und soziale Gruppen bleiben weitgehend unverändert.

Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferleistungen

An Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferleistungen veranschlagen wir für 2012 60,0 Mio. EURO. Das sind rund 11,5 Mio. EURO mehr als im Ansatz 2011. Wesentliche Einzelbestandteile dieses Ansatzes sind die Gewerbesteuerumlage mit 33,5 Mio. EURO, die Finanzausgleichsumlage mit 19,3 Mio. EURO und die Bezirksverbandsumlage in Höhe von 3,0 Mio. EURO.

Durch unsere im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs für 2012 errechnete verbesserte Steuerkraftmesszahl, die heruntergerechnet auf die Einwohnerinnen und Einwohner mit Erstwohnsitz in Ludwigshafen unsere Finanzkraft widerspiegeln soll, führt nicht nur zum Wegfall der Schlüsselzuweisungen B 2 und der Investitionsschlüsselzuweisungen, sondern gegenüber dem Ansatz 2011 zu Aufwandserhöhungen von 11,8 Mio. EURO bei der Finanzausgleichsumlage und 1,0 Mio. EURO bei der Bezirksverbandsumlage.

Insgesamt verschlechtert sich unter Einrechnung aller Veränderungen im Rahmen des Landesfinanzausgleichs unser Ergebnis 2012 dadurch gegenüber dem Ansatz 2011 um 20,5 Mio. EURO.

Entwicklung Landesfinanzausgleich

Bezeichnung	Rechnung 2010	Plan 2011	Plan 2012	Vergleich 2012-2011
Schlüsselzuweisung B 1	-7.301.580,00	-7.310.000,00	-7.359.500,00	-49.500,00
Schlüsselzuweisung B 2	-11.051.418,00	-7.750.000,00	0,00	7.750.000,00
Investitionsschlüsselzuweisungen	-1.524.668,00	-1.519.515,00	0,00	1.519.515,00
Strassenzuweisung	-924.578,00	-920.000,00	-928.000,00	-8.000,00
Schülerbeförderungskosten	-1.928.969,00	-1.410.000,00	-1.410.000,00	0,00
Familienleistungsausgleich	-5.106.580,11	-4.496.000,00	-5.320.000,00	-824.000,00
Summe allg. und zweckg. Finanzzuweisungen	-27.837.793,11	-23.405.515,00	-15.017.500,00	8.388.015,00
Fonds Deutsche Einheit	980.873,00	580.000,00	60.500,00	-519.500,00
Finanzausgleichsumlage	5.053.169,00	7.550.000,00	19.303.000,00	11.753.000,00
Bezirksverband Pfalz	1.967.816,00	2.000.000,00	2.953.700,00	953.700,00
Summe der Umlagen	8.001.858,00	10.130.000,00	22.317.200,00	12.187.200,00
Nettomehrbelastung 2012 gegenüber Ansatz 2011				20.575.215,00

16 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Vor allem hier wird deutlich, dass Ludwigshafen die lange überfällige und von der Landesregierung nun auf den Weg gebrachte Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs so schnell wie möglich benötigt.

Kommunen, die überdurchschnittliche Soziallasten und Infrastrukturaufwendungen zu tragen haben, brauchen unterm Strich dringend spürbare Entlastungen!

Die sogenannte Stadt-Umland-Problematik, die ich im Rahmen der erwarteten Einkommensteuerentwicklung bereits angesprochen habe, muss in diesem Zusammenhang ebenfalls im Sinne eines fairen Leistungsausgleichs zukunftsfähig gelöst werden.

Zins- und sonstige Finanzaufwendungen

Anrede,
wie bereits erläutert, entfällt gut die Hälfte des erwarteten Jahresfehlbetrags auf das sogenannte Finanzergebnis, d.h. den Saldo zwischen Zins- und sonstigen Finanzerträgen und –aufwendungen von 38,3 Mio. EURO.

Vor dem Hintergrund der ausgeführten gesamtwirtschaftlichen Lage und den kaum kalkulierbaren Auswirkungen der möglichen Risiken, die von der europäischen Staatsschuldenkrise und den internationalen Finanzmärkten ausgehen und den Ereignissen der vergangenen Woche, ist die Veranschlagung des Zinsaufwands eine der schwierigsten Aufgaben bei der Erstellung des Haushalts 2012. Hinzu kommen mit Blick auf Basel III die nach wie vor offenen Fragen zur Zukunft der Kommunalkreditfinanzierung sowie Befürchtungen, dass Kommunalkredite perspektivisch nicht nur knapper, sondern auch teurer werden.



Im Zusammenhang mit unseren konsumtiven und investiven Kreditverpflichtungen erwarten wir, vorsichtig prognostiziert, für 2012 Zinsaufwendungen in Höhe von 37,3 Mio. EURO. Dabei ist uns bewusst, dass die künftige Entwicklung der Zinsen ein erhebliches Risikopotential beinhaltet.

Unser Schuldenstand hat sich in den letzten zehn Jahren auf derzeit rund 1,1 Mrd. EURO mehr als verdoppelt. Der darauf zu entrichtende Zinsaufwand ist dank des historisch niedrigen Zinsniveaus der letzten Jahre im gleichen Zeitraum lediglich um rund 46 Prozent gestiegen. Die angenommene Entwicklung der konsumtiven und investiven Verschuldung bis 2015 können Sie den beiden nachfolgenden Schaubildern entnehmen.

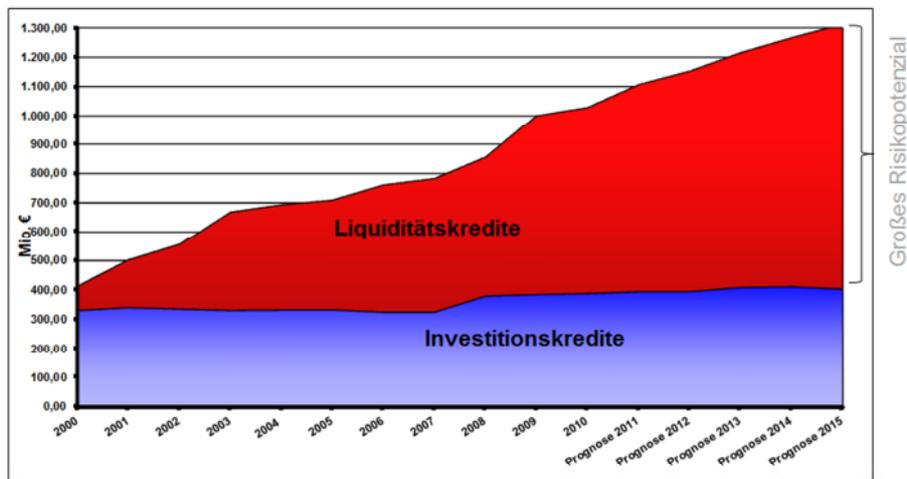
Entwicklung der konsumtiven und investiven Verschuldung bis 2015 in Mio. €

Stand Ende	Stand der Liquiditätskredite	Stand der Investitionskredite	Gesamtsumme
2008	476,1	379,9	856,0
2009	615,1	385,0	1.000,1
2010	639,6	388,7	1.028,4
2011	712,1	394,6	1.106,7
2012	757,6	394,9	1.152,6
2013	806,2	409,1	1.215,3
2014	854,4	411,8	1.266,2
2015	909,5	403,5	1.313,0

18 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Entwicklung der konsumtiven und investiven Verschuldung bis 2015



19 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Anrede,
die hohe Verschuldung, insbesondere die Liquiditätskreditverschuldung und deren erwartete Entwicklung, die wie dargelegt überwiegend aufgrund struktureller Mängel in unserer Finanzausstattung entstanden ist, ist und bleibt unser Kernproblem, dem wir die höchste Priorität beimessen müssen. Wir dürfen in unseren Konsolidierungsanstrengungen nicht nachlassen und müssen gemeinsam alles dafür tun, den Anstieg der Neuverschuldung soweit als irgend möglich zu begrenzen!

Mit dem Haushalt 2012 machen wir einen weiteren Schritt in die richtige Richtung, dem meiner Auffassung nach zwingend weitere folgen müssen.

VIII. Finanzhaushalt

Anrede,

wie in den Vorjahren stehen auch für unsere geplanten Investitionen 2012 keine selbsterwirtschafteten Finanzmittel zur Verfügung, die zur Investitionsfinanzierung eingesetzt werden könnten.

Daher bleiben die entsprechenden Auflagen der ADD auch 2012 bestehen. Investitionskredite dürfen nur für solche Vorhaben aufgenommen werden, die nachweislich die Leistungsfähigkeit der Stadt nicht beeinträchtigen oder eine der Voraussetzungen nach Nr. 4.1.3.1 oder 4.1.3.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 103 der Gemeindeordnung erfüllen. Stichworte sind: „gefährdende Zustände“ sowie „Pflichtaufgaben“ und „Unaufschiebbarkeit“.

Hinzu kommen im Einzelfall entsprechende Prüfungen und Genehmigungen des zuständigen Fachministeriums und des Finanzministeriums in Mainz im Rahmen eines Verfahrens nach § 18 (2) und (3) des Landesfinanzausgleichsgesetzes. Danach besteht in Einzelfällen die Möglichkeit, von diesen Voraussetzungen abzuweichen, sofern die öffentliche Sicherheit eine Investition dringend erfordert, oder die Investition von den genannten Ministerien aus dringenden Gründen des Gemeinwohls für notwendig erklärt wird. In einzelnen Bereichen mussten wir bereits schmerzlich zur Kenntnis nehmen, dass diese Gründe regelmäßig dort nicht vorliegen.

Unser veranschlagtes Bruttoinvestitionsvolumen beträgt 2012 59,3 Mio. EURO. Dieses soll finanziert werden mit

- | | |
|--|--------------------------------|
| - erwarteten Zuschüssen vom Land, der EU und Sonstigen | in Höhe von 21,5 Mio. EURO, |
| - Rücklagen und Beiträgen | in Höhe von 6,1 Mio. EURO, |
| - Darlehensrückflüssen | in Höhe von 0,5 Mio. EURO, |
| - Grundstücksveräußerungserlöse | in Höhe von 14,4 Mio. EURO und |
| - Investitionskreditaufnahmen | in Höhe von 16,8 Mio. EURO. |

Die Einzelmaßnahmen mit veranschlagten Gesamtauszahlungen 2012 über 300.000 EURO können der nachfolgenden Übersichten entnommen werden.

Maßnahmen im Finanzhaushalt 2012 über 300.000 €

(I)

Investitionsnr.	Investitionsname		Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	davon Verpflichtungs- ermächtigungen		Keine VE's in 2014
							VE 2013	VE 2015	
01-16-1512-01	Städtebauliche Integration des Werkes SH4-Halberg	Auszahlungen	-2.000.000	-2.000.000					
		Einzahlungen	1.600.000	1.600.000					
	Städtebauliche Integration des Werkes SH4-Halberg		-400.000	-400.000					
01-35-0358-00	Baukostenzuschuß KTS an freie Träger Prot. Kirche	Auszahlungen	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000			
		Einzahlungen							
	Baukostenzuschuß KTS an freie Träger Prot. Kirche		-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000			
01-35-0359-00	Baukostenzuschuß KTS an freie Träger Kath. Kirche	Auszahlungen	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000			
		Einzahlungen							
	Baukostenzuschuß KTS an freie Träger Kath. Kirche		-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000			
02-23-0303-00	Gründerwerb allgemein	Auszahlungen	-400.000	-400.000	-400.000	-400.000			
		Einzahlungen							
	Gründerwerb allgemein		-400.000	-400.000	-400.000	-400.000			
02-27-9429-00	Eigenanteil Stadt, integrierte Feuerleitstelle	Auszahlungen	-1.500.000	-4.000.000	-2.000.000				
		Einzahlungen	1.410.000	3.760.000	1.880.000				
	Eigenanteil Stadt, integrierte Feuerleitstelle		-90.000	-240.000	-120.000				
02-45-0229-06	Begrünungsmaßnahmen, Soz. Stadt, Mundenheim	Auszahlungen	-1.023.500						
		Einzahlungen	712.000						
	Begrünungsmaßnahmen, Soz. Stadt, Mundenheim		-311.500						
02-45-0501-07	Begrünungsmaßnahmen, Soz. Stadt Ogh.	Auszahlungen	-437.000		-57.500				
		Einzahlungen							
	Begrünungsmaßnahmen, Soz. Stadt Ogh.		-437.000		-57.500				
03-43-0139-04	Bürgerhaus Oppau, Instandsetzung	Auszahlungen	-300.000						
		Einzahlungen							
	Bürgerhaus Oppau, Instandsetzung		-300.000						
03-43-0417-13	S2 Edigheim, Einrichtung IGS	Auszahlungen	-500.000	-1.800.000	-1.500.000			-650.000	
		Einzahlungen	600.000						
	S2 Edigheim, Einrichtung IGS		100.000	-1.800.000	-1.500.000			-650.000	
03-43-0591-11	EU Umbau Stadtbibliothek (4-13)	Auszahlungen	-3.500.000	-3.700.000					
		Einzahlungen	2.800.000	3.024.000					
	EU Umbau Stadtbibliothek (4-13)		-700.000	-756.000					
03-43-1474-01	Wittelsbachschule, GVS	Auszahlungen	-900.000						
		Einzahlungen	540.000						
	Wittelsbachschule, GVS		-360.000						

20 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Maßnahmen im Finanzhaushalt 2012 über 300.000 €

(II)

Investitionsnr.	Investitionsname		Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	davon Verpflichtungs- ermächtigungen		Keine VE's in 2014
							VE 2013	VE 2015	
03-43-1475-02	Goeschschule Nord, GVS	Auszahlungen	-500.000						
		Einzahlungen	300.000						
	Goeschschule Nord, GVS		-200.000						
03-43-1478-07	IGS Ernst-Bloch, GVS	Auszahlungen	-1.000.000	-2.000.000	-1.600.000				
		Einzahlungen	600.000	1.200.000	960.000				
	IGS Ernst-Bloch, GVS		-400.000	-800.000	-640.000				
03-43-1563-08	Erweiterung Mozartschule Rheingönheim	Auszahlungen	-500.000						
		Einzahlungen	300.000						
	Erweiterung Mozartschule Rheingönheim		-200.000						
03-43-1564-12	Aufstockung Grundschule Bliesschule	Auszahlungen	-500.000						
		Einzahlungen	300.000						
	Aufstockung Grundschule Bliesschule		-200.000						
03-43-1706-12	KTS Ausbauprogramm, Bayreuther Straße	Auszahlungen	-2.000.000						
		Einzahlungen	135.000						
	KTS Ausbauprogramm, Bayreuther Straße		-1.865.000						
03-43-1707-07	KTS Ausbauprogramm, Karl-Dillinger-Straße	Auszahlungen	-1.100.000						
		Einzahlungen	143.000						
	KTS Ausbauprogramm, Karl-Dillinger-Straße		-957.000						
03-43-1712-04	KTS Ausbauprogramm, Oppau	Auszahlungen	-730.000						
		Einzahlungen	95.000						
	KTS Ausbauprogramm, Oppau		-635.000						
04-44-0139-00	Erneuerung des Verkehrsrechners	Auszahlungen	-500.000	-1.150.000					
		Einzahlungen	250.000	600.000					
	Erneuerung des Verkehrsrechners		-250.000	-550.000					
04-44-0148-09	Erschließung Am unteren Grasweg, Straßenbau	Auszahlungen	-600.000	-200.000	-100.000				
		Einzahlungen							
	Erschließung Am unteren Grasweg, Straßenbau		-600.000	-200.000	-100.000				
04-44-0211-01	Rheinufer Süd, Halberg- Rheinufer- Wittelsbachstr.	Auszahlungen	-550.000	-200.000	-200.000	-200.000			
		Einzahlungen							
	Rheinufer Süd, Halberg- Rheinufer- Wittelsbachstr.		-550.000	-200.000	-200.000	-200.000			
04-44-0217-02	Ausbau der Hochstraße Nord	Auszahlungen	-1.000.000	-3.000.000	-5.000.000	-15.000.000			
		Einzahlungen	0	0	3.330.000	10.000.000			
	Ausbau der Hochstraße Nord		-1.000.000	-3.000.000	-1.670.000	-5.000.000			

21 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Maßnahmen im Finanzhaushalt 2012 über 300.000 €

(III)

Investitionsnr.	Investitionsname		Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	davon Verpflichtungs-ermächtigungen		Keine VE's in 2014
							VE 2013	VE 2015	
04-44-0500-08	Erschließung Neubruch, Straßenbau	Auszahlungen	-300.000	-100.000	0				
	Erschließung Neubruch, Straßenbau		-300.000	-100.000	0				
04-44-1285-14	Ausbau Rampenfahrbahnen Knoten B9L523, Nachweide	Auszahlungen	-620.000	-700.000	-600.000				
		Einzahlungen	310.000	350.000	300.000				
	Ausbau Rampenfahrbahnen Knoten B9L523, Nachweide		-310.000	-350.000	-300.000				
04-44-1287-08	Ausbau Kreuzung Hoher Weg / K7	Auszahlungen	-555.000	0					
		Einzahlungen	330.000						
	Ausbau Kreuzung Hoher Weg / K7		-225.000	0					
04-44-1289-03	Ausbau Brunckstr zw Bgm. Trupp-u Friesenh Str. 1BA	Auszahlungen	-1.450.000						
		Einzahlungen	768.000						
	Ausbau Brunckstr zw Bgm. Trupp-u Friesenh Str. 1BA		-682.000						
04-44-1298-02	Ausbau d. Gartenwege und Sodastraße Hemshofkolonie	Auszahlungen	-400.000	-560.000				-560.000	
		Einzahlungen	400.000	560.000					
	Ausbau d. Gartenwege und Sodastraße Hemshofkolonie		0	0				-560.000	
04-44-7214-02	Pettkoferstraße, 1. BA, Erzberger- b. Hohenzoller	Auszahlungen	-370.000						
	Pettkoferstraße, 1. BA, Erzberger- b. Hohenzoller		-370.000						
04-44-7216-02	Goethestraße, Fahrbahn, Schanz-bis Goerdeler Platz	Auszahlungen	-430.000						
	Goethestraße, Fahrbahn, Schanz-bis Goerdeler Platz		-430.000						
04-44-7330-03	Kanalerneuerungsmaßnahmen Friesenheim	Auszahlungen	-390.000	-390.000	-390.000				
	Kanalerneuerungsmaßnahmen Friesenheim		-390.000	-390.000	-390.000				
04-44-8115-11	Danziger Platz, Benckiser-, Jägerstraße	Auszahlungen	-570.000						
	Danziger Platz, Benckiser-, Jägerstraße		-570.000						
04-44-8312-15	Am Brückelgraben, Ausb zw. Rosenwörth u Schelmerh.	Auszahlungen	-330.000						
	Am Brückelgraben, Ausb zw. Rosenwörth u Schelmerh.		-330.000						
04-44-9188-01	Hochwasserschutz Parkinsel	Auszahlungen	-300.000	-2.500.000	-1.400.000				
		Einzahlungen	270.000	2.250.000	1.260.000				
	Hochwasserschutz Parkinsel		-30.000	-250.000	-140.000				
04-45-9213-00	Renaturierung Alttheingraben	Auszahlungen	-560.000	-890.000	-750.000	-520.000			
		Einzahlungen	504.000	801.000	675.000	468.000			
	Renaturierung Alttheingraben		-56.000	-89.000	-75.000	-52.000			

22 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Maßnahmen im Finanzhaushalt 2012 über 300.000 €

(IV)

Investitionsnr.	Investitionsname		Ansatz 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	davon Verpflichtungs-ermächtigungen		Keine VE's in 2014
							VE 2013	VE 2015	
05-43-0117-04	Sanierung natuerv. Gymnasien, Wilhelm-v. Humboldt-G.	Auszahlungen	-400.000	-800.000					
		Einzahlungen	240.000	480.000					
	Sanierung natuerv. Gymnasien, Wilhelm-v. Humboldt-G.		-160.000	-320.000					
05-43-0132-01	Brandschutz u. Sanierung Rathaus	Auszahlungen	-4.000.000	-2.500.000	-2.500.000	-2.500.000			
		Einzahlungen	2.000.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000			
	Brandschutz u. Sanierung Rathaus		-2.000.000	-1.250.000	-1.250.000	-1.250.000			
05-43-0389-02	Beseitigung von Baumängeln an Schulen, Gräfenausch	Auszahlungen	-396.980						
	Beseitigung von Baumängeln an Schulen, Gräfenausch		-396.980						
05-43-0393-06	Gefahrenverhütungs- schau Schulen, SZ Mundenheim	Auszahlungen	-500.000						
		Einzahlungen	300.000						
	Gefahrenverhütungs- schau Schulen, SZ Mundenheim		-200.000						
05-43-0595-11	Sanier. Erich-Kästner-Schule	Auszahlungen	-6.000.000	-2.100.000					
		Einzahlungen	4.200.000	1.470.000					
	Sanier. Erich-Kästner-Schule		-1.800.000	-630.000					
05-43-1401-05	Baumaßn. f. 2-Jährige, KTS Weißbornhag	Auszahlungen	-680.000						
		Einzahlungen	95.000	174.000					
	Baumaßn. f. 2-Jährige, KTS Ebertpark		-705.000	-2.326.000				-1.000.000	
06-41-0811-06	Erwerb v. Grundvermögen, Stadtern, Mundenheim	Auszahlungen	-300.000						
	Erwerb v. Grundvermögen, Stadtern, Mundenheim		-300.000						
06-41-0815-06	Karolina-Burger-Str., Umgestaltg., Stadtern, Mundenh	Auszahlungen	-360.000						
	Karolina-Burger-Str., Umgestaltg., Stadtern, Mundenh		-360.000						
06-41-0819-06	Mundenheimer Str. 35, Umbau zum Hort, Stadtern, Mu	Auszahlungen	-390.000						
	Mundenheimer Str. 35, Umbau zum Hort, Stadtern, Mu		-390.000						
07-27-1641-00	Feuerwehrfahrzeuge und Geräte, Drehleiter	Auszahlungen	-420.000		-250.000	-420.000			-420.000
		Einzahlungen	222.000		83.000	139.000			
	Feuerwehrfahrzeuge und Geräte, Drehleiter		-198.000		-167.000	-281.000			-420.000
07-41-0712-07	Tiefbau, Folgemaßnahmen, Stadtern, Oggersheim	Auszahlungen	-476.850						
	Tiefbau, Folgemaßnahmen, Stadtern, Oggersheim		-476.850						
08-11-0003-00	LAN Infrastruktur	Auszahlungen	-348.000	-150.000	-150.000	-150.000			
	LAN Infrastruktur		-348.000	-150.000	-150.000	-150.000			
11-41-1211-11	Hochbau, Stadterneuerung Mitte	Auszahlungen	-1.250.000	-1.250.000	-1.250.000				
		Einzahlungen	1.000.000	1.000.000	1.000.000				
	Hochbau, Stadterneuerung Mitte		-250.000	-250.000	-250.000				

23 Quelle: Bereich Finanzen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Schwerpunktmäßig sind für 2012 vorgesehen

- 13,5 Mio. EURO für Schulbaumaßnahmen,
- 8,4 Mio. EURO für den Bau und die Erweiterung von Kindertagesstätten einschließlich entsprechender Investitionszuschüsse,
- 7,5 Mio. EURO für Hochbaubaumaßnahmen und
- 11,3 Mio. EURO für Straßenausbaumaßnahmen.

Die finanziell mit weitem Abstand bedeutendste Investition der kommenden Jahre wird zweifelsohne die anstehende Erneuerung der Hochstraße Nord sein. Der Baubeginn wird derzeit für 2014 angestrebt. Bis dahin soll in einem offenen, von intensiver Bürgerbeteiligung geprägten Planungsprozess, die für Ludwigshafen beste Lösung gefunden werden. Wie sie wissen, werden im Laufe des Jahres 2012 drei Varianten vertieft auf ihre Realisierbarkeit hin untersucht und mit entsprechenden Kostenschätzungen unterlegt. Im Haushalt 2012 sind hierfür Planungskosten in Höhe von 1 Mio. EURO veranschlagt. Dieses Vorhaben werden wir nur realisieren können, wenn Bund und Land erhebliche Finanzierungsanteile übernehmen.

Weiter vorantreiben wollen wir 2012 auch die erforderliche Sanierung der Stadtbibliothek. Im Ansatz 2012 sind hierfür als erste Tranche 3,5 Mio. EURO vorgesehen, die zu 80 % von EU und Land refinanziert werden sollen. Ziel ist es, dass die Stadtbibliothek barrierefrei und leistungsfähiger und damit kundenfreundlicher und attraktiver wird.

Bezüglich der bereits beantragten Sanierung des Willersinnbades rechnen wir frühestens 2013 mit einer abschließenden Förderentscheidung des Landes. Für 2012 sind im Haushalt für die nächsten Planungsschritte 100.000 EURO veranschlagt.

IX. Abschluss

Anrede,

ich komme zum Ende meiner ersten Haushaltsrede und glaube, dass es nicht nur für mich eine Premiere war, sondern dass auch viele von Ihnen heute zum ersten Mal eine Haushaltsrede eines hiesigen Kämmerers gehört haben, der nicht Wilhelm Zeiser heißt.

Der Haushaltsplanentwurf 2012 umfasst einschließlich Vorbericht über 1.750 Seiten. Für uns alle, d.h. die Verwaltung in enger Abstimmung mit Ihnen, den Mandatsträgern, wird es in den kommenden Jahren eine ebenso schwierige wie notwendige Aufgabe sein, unseren Haushalt weiter zu entwickeln, mit dem Ziel Informationen auf ein steuerungsrelevantes Maß zu beschränken. Auf die diesbezüglichen Ausführungen in der Einleitung zum Vorbericht möchte ich ausdrücklich hinweisen.

Abschließend möchte ich noch einmal festhalten: Konsolidieren ist kein Selbstzweck, kein Wert an sich! Wir sparen nicht um des Sparens willen, sondern wir konsolidieren um auch zukünftig in Ludwigshafen handlungsfähig zu bleiben im Interesse der Menschen die heute und morgen in unserer Stadt leben.

Wir sind der festen Überzeugung, mit dem Haushalt 2012 einen Entwurf einzubringen, der einerseits unseren politischen Willen dokumentiert, trotz schwieriger finanzpolitischer Rahmenbedingungen unseren Haushalt weiter zu konsolidieren, und der andererseits belegt, dass wir die Zukunftsfähigkeit und die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Stadt, die Nachhaltigkeit unseres Handelns und die soziale Gerechtigkeit fest im Blick behalten.

Ganz besonders bedanken möchte ich mich

- bei der Kämmerei, namentlich meinem neuen Kämmereileiter Herrn Merk, Frau Abteilungsleiterin Drescher, den Herren Greser, Weber und Pritsch für das weit über das erwartbare Maß hinaus geleistete Engagement bei der Erstellung des Haushalts,
- bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Dezernaten, die uns die unzähligen Daten und Informationen für die Haushaltsplanerstellung zur Verfügung gestellt haben,
- bei dem früheren Kämmereileiter Herrn Hofmann, der uns noch aus dem Ruhestand heraus tatkräftig unterstützt hat und
- nicht zuletzt bei meinem Büro, namentlich Herrn Züchner, Frau Lott und Frau Stümpert, die mir geholfen haben mich hier im Rathaus zurecht zu finden, und die mich von Anfang an großartig unterstützt haben.

Außerdem danke ich

- den Kolleginnen und Kollegen im Stadtvorstand für die konstruktive Begleitung und Unterstützung und
- dem Stadtrat, Ihnen allen, die Sie mich freundlich und offen im neuen Amt aufgenommen haben.

Die Fraktionen erhalten meine Rede einschließlich der Anlagen. Der Haushalt wird Ihnen einschließlich des Vorberichts verteilt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich freue mich auf die anstehenden Haushaltsberatungen und danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.